

Sozial-„Reformen“ im Geiste des Egoismus

Hartz IV und der Neoliberalismus aus buddhistischer Sicht



„Das Sozialsystem ist nicht mehr finanzierbar,“ lautet eine gängige Begründung für Hartz IV und andere Einschnitte ins Sozialsystem. Prof. Brodbeck, langjähriger Buddhist und Professor für Wirtschaft, sieht darin vor allem eins: die Manifestation von Egoismus und Gier. „Wir können uns die Geldgier nicht mehr leisten“ und brauchen eine mitfühlende, solidarische Politik, so seine Gegenthese.



von Karl-Heinz Brodbeck

Das Argument geht etwa so: „Die hohe Arbeitslosigkeit und die Überalterung der Bevölkerung machen unsere Sozialsysteme unfinanzierbar; der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Deshalb sind Reformen wie Hartz IV unbedingt notwendig.“ Was entgegnen wir auf diese Aussage? Dass sich Wohlstand in Armut verwandelt – ist das nicht einfach und jedem Buddhisten vertraut das Gesetz der Vergänglichkeit? Kein Gedanke könnte in diesem Fall verkehrter sein, denn hier geht es nicht um Naturkatastrophen, sondern um das Ergebnis falschen Handelns.

Zugegeben, die genannten Probleme bilden ein nahezu undurchschaubares Dickicht. Die Wirtschaft stellt für den Buddhismus ein neues Thema dar. Wir können nicht auf alte Texte zurückgreifen, sondern müssen die aktuellen Fragen selbst durchdenken und Ausschau halten, wie eine vom Mitgefühl geleitete Praxis möglich ist. Dennoch

können schon wenige, jedem Buddhisten vertraute Prinzipien diesen Fragen ein völlig neues Licht aufsetzen. Eines dieser Prinzipien lautet: Beurteile Handlungen nach ihrer Motivation, nicht nach ihrem äußeren Anschein. Die Lehrer der Madhyamika-Schule fügen hinzu: Vertraue nicht dem Schein der konventionellen Begriffe.

Kaum etwas erzeugt eine größere Täuschung als der Begriff „Reform“. Ursprünglich verwendete man dieses Wort für soziale Reformen, mit denen Armut und soziale Deklassierung verhindert werden sollte. Drei Eckpfeiler waren das Ergebnis der Bemühungen um soziale Reformen: Erstens eine nach dem Versicherungsprinzip garantierte Versorgung im Alter (Rente), zweitens eine Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit und drittens eine staatliche Krankenversicherung.

In Deutschland reicht die Sozialgesetzgebung bis zur Reform Bismarcks in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts

zurück; in den USA wurde die Rentenversicherung (Social Security) 1935 als Teil des New Deal gegründet und in den fünfziger Jahren erweitert. Das Grundprinzip ist die Solidarität zwischen allen Menschen: Die Beschäftigten und die Unternehmen führen einen Teil des Lohnes und des Gewinns ab. Diese Abgaben wandern in einen staatlichen Topf und werden als Transfer an Ältere, Kranke oder Arbeitslose umverteilt. Durch dieses Versicherungssystem gelang es, den Kapitalismus als Gesellschaftsmodell gegen die Alternative des Kommunismus attraktiv zu erhalten. In Deutschland hieß dieses Modell „soziale Marktwirtschaft“, in anderen Ländern „Wohlfahrtsstaat“.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus vollzog sich nun ein, zunächst kaum bemerkter, radikaler Wandel. Der Begriff „Reform“ wurde politisch von den Neoliberalen monopolisiert. Sie verstehen darunter allerdings das genaue Gegenteil: Es geht um Deregulierung der sozialen Reformen. Die Löhne sollen gesenkt und die sozialen Versicherungssysteme privatisiert werden.

Welcher Wandel der Einstellung, welche Motivation verbirgt sich hinter diesen Forderungen, die inzwischen weltweit umgesetzt werden? Man kann dies am besten an den jüngsten Versuchen von George W. Bush illustrieren, die Social Security in den USA zu privatisieren. Anlagefonds können nur dann große Renditen bringen, wenn stets neues Kapital zufließt. Endet der Kapitalzufluss, dann bricht eine Börseneuphorie, ein Boom zusammen.

Zwar wird durch das Wirtschaftswachstum auch Kapital vermehrt; doch dieser Zuwachs ist relativ gering, gemessen an den Vorstellungen der Anleger, die steigende Kursgewinne realisieren wollen. Wenn die staatliche Zwangsversicherung für alle Beteiligten privatisiert wird, wenn jeder sich selbst versichern muss, dann werden viele ihr Geld in Aktienfonds anlegen.

In den USA, aber auch in Deutschland ist das eine zunehmende Anlageform, mit allen damit verbundenen Risiken, die z.B. Ende der 90er Jahre offenbar wurden. Dadurch fließt neues Kapital in die Märkte. Die großen Finanzhäuser, die kräftig in den Wahlkampf von George W. Bush investiert haben, würden durch eine Privatisierung erhebliche Gewinne erzielen. Bereits eine bislang geplante Teilprivatisierung, schreibt das Wall Street Journal, „könnte der größte Reibach in der Geschichte der Fondsbranche sein.“

Die Motivation ist also nicht schwer erkennbar: Es geht darum, eine solidarische Gesellschaft in eine Summe von Ich-AG's zu verwandeln. Bush drückt das so aus, dass sich jeder „für sein eigenes Schicksal frei verantwortlich“ fühlen sollte – man beachte: „frei verantwortlich“, d.h. ohne Hilfe anderer. Jeder soll sich selbst um seine Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung kümmern, ungeachtet der Frage, ob man sich das auch leisten kann.

In Deutschland wurden erste Schritte in diese Richtung bereits durch die Riester-Rente unternommen, die einer Teilprivatisierung gleichkommt. Die Hartz-Reform senkt die Sozialhilfesätze und fördert eine „neue Selbstständigkeit“, allerdings nahe der Armutsgrenze. Zudem sinken dadurch die Löhne bei steigenden Gewinnen, ganz nach dem Gusto der Anleger. Die Neudefinition des Begriffs Reform verbirgt also als Motivation die Ersetzung des

Sozialprinzips durch den Egoismus der Geldgier.

Nun führen die Vertreter neoliberaler „Reformen“ als Argument ins Feld, dass die Sozialsysteme „nicht mehr finanzierbar“ seien. Finanzminister Eichel taumelt von einem Haushaltsloch zum nächsten; Rentenprognosen sagen den Kollaps des gesamten Rentensystems voraus durch zunehmende Überalterung – übrigens auch eines von Bushs Hauptargumenten: Bis 2042 (!) werde in den USA „das ganze System am Ende sein“.

Hier ist es wichtig, nicht auf die Täuschung der Worte hereinzufallen. Erstens sind die Ökonomen unfähig, die Börsenkurse für die nächste Woche vorherzusagen – wie wollen sie etwas über ein (ganz oder teilweise) auf Aktienpaketen aufgebautes Rentensystem in 40 Jahren wissen? Zweitens beruhen ökonomische Prognosen immer auf Annahmen – im vorliegenden Fall wird die Struktur der Wirtschaft von heute für die nächsten Jahrzehnte konstant vorausgesetzt; eine völlig unbegründete Annahme.

Warum? Das Solidarsystem (Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung) beruht darauf, dass für die Sozialkassen vom Lohn und vom Gewinn ein bestimmter Prozentsatz als Beitrag abgeführt wird. Wenn dieser Beitragssatz nun durch steigende Sozialkosten angehoben werden muss, so steht dem ein durch Produktivitätsanstieg steigendes Bruttoinlandsprodukt gegenüber, sodass netto das Einkommen konstant bleiben kann.

Steigt aber die Produktivität tatsächlich weiter? Wenn Unternehmen Tausende von Mitarbeitern entlassen und gleichzeitig dieselben Gütermengen produzieren, dann ist die Produktivität der beschäftigten Arbeitnehmer erheblich gestiegen. Weniger Menschen können durch technischen Fortschritt mehr produzieren – und deshalb gibt es, in realen Gütern gerechnet, kein Problem. Warum wollen dann die Neoliberalen die Sozialsysteme schleifen?

Die Antwort ist im Geist zu suchen: Die Geldgier ist zum eigentlichen Berater der Politik geworden. Weil die Arbeitgeber einen Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen leisten müssen, plädieren sie für „Privatisierung“, dafür, dass sich jeder „für sein eigenes Schicksal frei verantwortlich“ fühlen sollte. Ganz nebenbei verdient dadurch die Börse. In Deutschland spricht man von „mehr Eigenverantwortung“, „weniger Staat“; man könne „sich den Sozialstaat nicht mehr leisten“. Das Gegenteil ist wahr: Eine mitfühlende, solidarische Politik kann sich die Geldgier nicht mehr leisten.

Eine Reform, die das Wohl anderer wenigstens neben das eigene Wohl stellt – was dem Geist der Sozialgesetze entsprach –, setzt diese Erkenntnis teilweise in Praxis um. Eine neoliberale Deregulierung, die eben dies im Namen der Geldgier wieder rückgängig machen möchte und das „Reform“ nennt, kann wohl kaum auf die Zustimmung von Buddhisten stoßen. Der indische Meister Santideva sagt sinngemäß: Alle Probleme dieser Welt entstehen durch das Streben nach eigenem Wohl. Die Unternehmen in Deutschland haben im vergangenen Jahr die höchsten Gewinne seit vielen Jahren eingefahren, während die Reallöhne sinken und die Arbeitslosigkeit weiter steigt – der Erfolg einer „Reform“, die vor dem Egoismus kapituliert. Genau das gilt es zu ändern.